

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft



ZdK

27. Jg. Nr. 5
Oktober 2021

Editorial

Neues wagen

Wir erleben ein Jahr voller Herausforderungen. Die einen hoffen darauf, dass irgendwann alles wieder so wird wie in der Zeit vor Corona. Die anderen rechnen nicht mehr damit – und denken neu. In dieser Ausgabe verfolgen wir die Spur des Wandels.

In Afghanistan ist nichts mehr wie es war. „Aber wenn sich alles verändert, ist alles möglich“, schreibt Arvid Bell von der Harvard University. Deutschland könne vorangehen und eine EU-Afghanistan-Strategie entwerfen – „bevor Herrschaftsstrukturen autoritär verkrustet sind.“

Wie schnell erholt sich wohl der Kultursektor in Deutschland von der zurückliegenden Phase? Der Corona-Lockdown hat tiefe Spuren hinterlassen. Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, fragt nicht nur nach der Zukunft der Profis, sondern auch nach der der Ehrenamtlichen – und will sie fördern.

Neues wagen sollte auch die CDU/CSU, geht es nach Volker Kauder. Er erinnert an die Rede Papst Benedikts XVI. im Bundestag im September 2011. Darin habe der mittlerweile emeritierte Pontifex grundgelegt, was ein christliches Menschenbild in der Politik bewirkt. Kauder sieht darin einen Weckruf an die Union.

Um Mut zum Wandel geht es auch in der Wirtschaft. Wer es ernst meine mit globalen Nachhaltigkeitszielen, müsse eine Politik für die sozial-ökologische Transformation machen, schreibt Johannes Wallacher, Professor für Wirtschaftsethik. Und Prisca Patenge, unsere neue Referentin für Wirtschaft und Soziales, berichtet über eine Tagung zum ethisch-nachhaltigen Investment.

Neues wagen will schließlich auch Gerold König, Bundesvorsitzender von pax christi, in der Sicherheitspolitik. Ihn interessiert, wie sie zur Friedenspolitik werden könnte.

Werfen wir also den Blick auf eine sich wandelnde Zeit! Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Marc Frings

Inhalt

Verhandlungsoffensive für Afghanistan _____ 2

Wie die neue Bundesregierung den Machtwechsel in Kabul diplomatisch beeinflussen kann

[Dr. Arvid Bell](#)

Tiefer Einschnitt _____ 4

Die Corona-Pandemie hinterlässt einen tiefen Einschnitt im kulturellen Leben in Deutschland

[Olaf Zimmermann](#)

Ein hörendes Herz _____ 6

Auch zehn Jahre nach der Rede Papst Benedikts XVI. im Deutschen Bundestag hat ihr Inhalt nicht an Relevanz verloren

[Volker Kauder](#)

Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft _____ 8

Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann

[Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher](#)

Ethisch-nachhaltig investieren _____ 10

Finanzverantwortliche der Kirche trafen sich am 21. September 2021 zum „Forum ethisch-nachhaltiges Investment“

[Prisca Patenge](#)

Statt Sicherheitspolitik – Friedenspolitik _____ 12

Nach der Wahl: Sicherheit neu denken

[Gerold König](#)

Verhandlungsoffensive für Afghanistan

Wie die neue Bundesregierung den Machtwechsel in Kabul diplomatisch beeinflussen kann

Wenn sich alles verändert, ist alles möglich: In Afghanistan ist nach dem Sieg der Taliban nicht jede Hoffnung auf Wiederaufbau und Menschenrechte verloren. Noch gibt es ein Zeitfenster, durch Verhandlungen Einfluss zu nehmen. Vor unseren Augen verschieben sich die Machtverhältnisse unter den Taliban, in Afghanistan und zwischen Staaten der Region. In dieser Situation hätte ein Afghanistan-Konkors zwischen westlichen Staaten, China und Russland großes Gewicht. Eine Verhandlungsoffensive würde das Interesse der Taliban an internationaler Anerkennung sowie die Wirkung von Sanktionen und Resolutionen des UN-Sicherheitsrates nutzen können, um einen afghanischen Bürgerkrieg abzuwenden.

Der abrupte Abzug der amerikanischen Truppen, der Vormarsch der Taliban und der Kollaps des afghanischen Staates haben Deutschland und Europa vor vollendete Tatsachen gestellt. Aber es wäre ein Fehler, daraus abzuleiten, dass Berlin, Paris oder Brüssel keine Mittel mehr in der Hand hätten, die Geschehnisse in Kabul zu beeinflussen. Im Gegenteil: Im Moment sortiert sich das Interessenssystem der wesentlichen Beteiligten komplett neu.

Sowohl unter den Taliban als auch in Afghanistan und zwischen involvierten Staaten der Region ist offen, welche Fraktionen und Koalitionen als dominierend aus dem Chaos der letzten Monate hervorgehen werden. Sicherlich halten die Taliban nach ihrem Sieg wichtige Trümpfe in der Hand. Sie kontrollieren nun den Staat, beziehungsweise das, was davon übrig ist. Aber sie tragen auch plötzlich Verantwortung für 39 Millionen Landsleute, ein kollabierendes Wirtschafts- und Finanzsystem und eine fragile Gesellschaft, die droht, entlang ethnischer und politischer Grenzen auseinanderzubrechen.

Was also könnte Berlin nun tun? Erst einmal müsste der Bundestag klären, was zurzeit deutsche Interessen in Af-

ghanistan und in der Region sind. Denn eine Sache lässt sich aus dem Scheitern des Staatsaufbauprojekts Afghanistan (2001-2021) bereits lernen: Wer seine Zielkonflikte nicht auflöst, kann keine schlüssige Strategie entwickeln. Geht es Deutschland in Afghanistan um die Bekämpfung von Terrorismus? Bündnissolidarität mit den USA und der NATO? Demokratieförderung und Staatsaufbau? Die Gleichberechtigung von Frauen? Geostrategische Erwägungen, wie die Lage Afghanistans am Rande des eurasischen Kernlandes zwischen Iran, China und Russland? Mit einer neuen Bundesregierung gibt es eine Chance, die Ziele zu bestimmen, an denen sich eine neue deutsche Afghanistanpolitik ausrichten soll.

Motive aller Parteien verstehen

Erfolgreiche Verhandlungen setzen voraus, dass man die Interessen der anderen Parteien versteht. Die Taliban hatten in den letzten Jahren drei Ziele: 1. den Abzug ausländischer Truppen, 2. das Wiederherstellen „islamischer Stabilität“, also das Regieren Afghanistans nach ihrer Interpretation der Scharia, und 3. internationale Anerkennung ihres „Islamischen Emirates Afghanistan“, wie sie den nun wieder von ihnen geführten Staat nennen.

Am dritten Punkt kann die deutsche Regierung ansetzen. Die Taliban ärgern sich, dass ihre Anführer auf Sanktionslisten der Vereinten Nationen stehen und damit international geächtet sind. Sie wollen, dass ihre Regierung diplomatisch anerkannt wird. Sie wissen, dass keine afghanische Regierung seit dem 19. Jahrhundert ohne ausländische Unterstützung ausgekommen ist. Und sie wollen nicht zurück in die 1990er Jahre, als ihr „Emirat“ nur von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten anerkannt war. Eine multilaterale Verhandlungsoffensive ist daher zentral: Wenn die Taliban den Eindruck haben, sie sehen sich einer einheitlichen Position des UN-Sicherheitsrates gegenüber, werden sie eher gewillt sein, Kompromisse einzugehen. Wenn sie den Eindruck haben, sie können sich Legitimität schrittweise über bilaterale Verhandlungen mit Pakistan, China, Russland und dem Iran herausverhandeln, dann eher nicht.

Mehrstufig verhandeln

Deutschland könnte eine Afghanistan-Verhandlungsoffensive mehrstufig planen: 1. könnte es sich mit den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates auf sicherheits- und menschenrechtliche Kerninteressen einigen, 2. auf dieser Grundlage das Gespräch mit Pakistan und Iran suchen, und 3. weitergehende Forderungen – also das, was man von Moskau und Peking nicht bekommt – in eine EU-Afghanistan-Strategie einspeisen. Im Bereich Wiederaufbau, technische Unterstützung und Hilfgelder kann Europa eine zentrale Rolle in Afghanistan spielen und eigene Bedingungen formulieren.

Die Bundesregierung sollte dann die Gespräche mit afghanischen Vertreter*innen – also mit Taliban und anderen Gruppen – nicht mit Arroganz, sondern mit Demut angehen. Immerhin trägt Deutschland Mitverantwortung dafür, dass die Situation in Afghanistan nun so ist, wie sie ist. Viele Menschen, die ihre Hoffnung in internationale Unterstützung gesetzt hatten, sind geflohen oder in Lebensgefahr. Aber wenn die Situation eskaliert und ein Bürgerkrieg Afghanistan entlang Konfliktlinien zwischen Taliban, Milizen und ausländischen Kämpfer*innen zerreißt, wäre die Lage noch schlimmer.

UN-Grundkonsens anstreben

Zwar ist Skepsis gegenüber Verhandlungen mit den Taliban und Misstrauen gegenüber ihren Zusagen angebracht. Aber man muss auch nicht sofort die vollständige internationale Anerkennung einer Taliban-Regierung anbieten. Ein erster Schritt könnte es sein, lediglich bestimmten Talibanführern in Aussicht zu stellen, sie von den UN-Sanktionslisten zu streichen, wenn ihr „Islamisches Emirat“ im Gegenzug den Schutz religiöser Minderheiten – wie der Hazara – garantiert. Wichtig ist, dass sich westliche Staaten, China und Russland in einem ausverhandelten Grundkonsens nicht auseinanderdividieren lassen. Hier kann Deutschland eine wichtige Rolle spielen. Berlin hat bessere Beziehungen zu Peking und Moskau als Washington. Über China wiederum lässt sich Einfluss auf Pakistan nehmen, das durch seinen Geheimdienst ISI über enge Verbindungen mit den Taliban verfügt.

Russland und Iran blicken dabei deutlich differenzierter auf die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan als Pakistan und China. Zwar sind alle vier mit dem Rückzug der US-Armee aus der Region zufrieden. Russland hat aber kein Interesse daran, dass in Afghanistan ein neuer Bürgerkrieg ausbricht, der die ehemaligen Sowjetrepubliken destabilisiert. Iran fürchtet, mit Millionen von afghanischen Flüchtlingen allein gelassen zu werden. Die iranische Führung teilt sogar gewisse Interessen mit dem Westen. So macht man sich in Teheran Sorgen um eine Diskriminierung der schiitischen Hazara durch die sunnitischen Taliban.

Dynamik des Umbruchs ausnutzen

Eine Auflösung dieses komplexen Interessensgeflechts durch Verhandlungen ist schwierig. Ähnlich wie die USA und ihre Verbündeten vor zwanzig Jahren, die den Taliban keinen Platz in der neuen politischen Ordnung zugestehen wollten, machen die Taliban nun möglicherweise einen verhängnisvollen Fehler: Berauscht von ihrem militärischen Sieg nehmen sie an, die Zukunft Afghanistans unter Ausschluss anderer Teile der Gesellschaft bestimmen zu können. Aber die Geschichte Afghanistans lehrt, dass das Ausbeuten staatlicher Macht für die eigene politische oder ethnische Dominanz sich früher oder später blutig rächt.

Falls es soweit kommt, wird die Chance für einen diplomatischen Durchbruch gering sein. Und wenn die Herrschaftsstrukturen in Afghanistan erst einmal verkrustet sind, fehlt das Momentum für eine Verhandlungsoffensive ebenfalls. Aber solange wichtige Akteur*innen noch versuchen auszuloten, was geht und was nicht, solange sind diejenigen im Vorteil, die verhandlungstaktisch schnell sind. Diese Dynamik kann die Bundesregierung diplomatisch nutzen. Jene Afghan*innen, die weiterhin auf Hilfe aus Deutschland und Europa hoffen, haben verdient, dass sie es versucht.

| Dr. Arvid Bell

Dozent für Regierungslehre und Direktor der Verhandlungs-Taskforce am Davis Center für Russische & Eurasische Studien an der Harvard-Universität, USA

Tiefer Einschnitt

Die Corona-Pandemie hinterlässt einen tiefen Einschnitt im kulturellen Leben in Deutschland

Der Einschnitt ist so tief, wie es ihn bislang kaum gab: Von einem Tag auf den anderen stand im März 2020 das kulturelle Leben still. Theater, Museen und Bibliotheken mussten schließen, Konzerte, Lesungen, Veranstaltungen, Messen und anderes mehr fielen aus. Das gab es bislang in diesem Ausmaß in Deutschland noch nie. Alle, ob Profis, ob Selbstständige, ob Angestellte, ob Amateur*innen oder Förderer*innen, waren davon betroffen.

Ganze Lebensplanungen gerieten ins Wanken. Viele Künstler*innen sowie andere Solo-Selbstständige aus dem Kultur- und Medienbereich standen vor dem Nichts. Sie verdienen schon in „normalen“ Zeiten oftmals so wenig, dass sie kaum Rücklagen bilden können. Jeder einzelne Auftrag, jeder Auftritt ist für die Sicherung des Lebensunterhaltes zentral. Es war daher sehr wichtig, dass mit der Öffnung der Grundsicherung für Solo-Selbstständige ein schnelles Hilfsinstrument geschaffen wurde, das auf bestehende Verwaltungsstrukturen aufsetzte. Und auch wenn dieses Instrument ungeliebt war, es half in der unmittelbaren Not.

Es braucht Unterstützung

Gleichfalls war von sehr großer Bedeutung, dass Kulturunternehmen in die Unterstützungsprogramme für die Wirtschaft sofort einbezogen wurden und hieran partizipieren konnten. Auch wenn der Anfang holprig verlief: Vermutlich wäre es nie gelungen, die Wirtschaftshilfen auch für den Kulturbereich so anzupassen, wie es jetzt der Fall ist, hätte die Kultur- und Kreativwirtschaft nicht von Anfang an den Programmen partizipiert und auf Anpassungen gedrungen. Mit NEUSTART KULTUR und dem Sonderfonds für Kulturveranstaltungen des Bundes wurden zusätzlich zwei Programme speziell für den Kulturbereich aufgelegt, um die Kulturakteur*innen zu unterstützen. Gefördert werden Künstler*innen mit Hilfe spezieller Stipendien, unterstützt werden Kulturunternehmen, Künstler*innen, Kultureinrichtungen und -vereine bei der

Digitalisierung, beantragt werden können Mittel für pandemiebedingte Investitionen, also für Plexiglaswände bis hin zu neuen sanitären Einrichtungen. Kulturveranstaltungen, die pandemiebedingt nicht vollausgelastet werden können, werden teilfinanziert. Bei den erwähnten Maßnahmen handelt es sich nur um die Unterstützung, die der Bund zur Verfügung gestellt hat. Hinzu kommen noch die Maßnahmen der Länder, die ebenfalls in unterschiedlicher Weise den Kulturbereich unterstützen.

Geld ist nicht alles

Es wurde also vergleichsweise viel Geld für den Kulturbereich zur Verfügung gestellt – vor allem im Vergleich zu anderen europäischen Mitgliedstaaten. Allein in den beiden Programmen NEUSTART KULTUR und Sonderfonds für Kulturveranstaltungen des Bundes werden zusammen 4,5 Mrd. Euro ausschließlich für den Kulturbereich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich kommen noch spezielle Förderungen der Länder und, wie ausgeführt, auch die allgemeine Wirtschaftsförderung, an der der Kulturbereich teilhaben konnte.

Aber Geld ist nicht alles! Die Stille im Kulturbereich hat über den ökonomischen Aspekt hinaus weitreichende Auswirkungen. Insbesondere denjenigen, die in der Musik oder der darstellenden Kunst tätig sind, fehlt das Gegenüber. Ein Auftritt ist für professionelle Künstler*innen eben mehr als Geldverdienen. Es geht um den eigenen künstlerischen Ausdruck, um die Kommunikation mit dem Publikum, um die Verwirklichung eines Lebenstraums. Insbesondere Musiker*innen, aber auch Tänzer*innen arbeiten von Kindesbeinen an für eine künstlerische Laufbahn. Hierfür werden viele Entbehrungen auf sich genommen und auf einiges verzichtet, was Kindern und Jugendlichen Freude macht. Die Fokussierung auf die Bühne und speziell in der Musik trifft auf ein ausgeklügeltes Fördersystem, das immer wieder zur eigenen Bestätigung und Erfolgsmessung einlädt. Das führt dazu, dass insbesondere viele darstellende Künstler*innen sowie Musiker*innen am eigenen Beruf verzweifeln und sich die Frage stellen, ob sie überhaupt den richtigen Weg eingeschlagen haben und ob dieser Weg zukunftsträchtig ist.

Die psychischen Folgen der Corona-Pandemie werden meines Erachtens noch zu wenig thematisiert. Das trifft auf den Kulturbereich – und hier besonders die Profis –, aber auch darüber hinaus zu.

Ganz besonders fehlen der Kontakt und die Gemeinschaft in den Kulturvereinen. Kulturvereine gehören essenziell zum Kultur- und Medienbereich dazu. Sicherlich fallen jedem sofort die Chöre oder auch Orchester und Bands ein, die ehrenamtlich miteinander musizieren. Dazu gehören aber ebenfalls das Amateurtheater, die Literarischen Gesellschaften und Lesekreise, die Fördervereine und viele andere mehr.

Gemeinschaft fehlt

In den Kulturvereinen engagieren sich Menschen in ihrer Freizeit für Kunst und Kultur. Sie sind selbst künstlerisch aktiv oder sie ermöglichen, dass andere künstlerisch als Amateur*innen aktiv werden können. Kulturvereine leben vom Engagement für Kunst und Kultur. Es handelt sich um Begeisterte, die sehr oft einen erheblichen Teil ihrer freien Zeit hierfür aufwenden.

Der Lockdown und die auch nach dem Lockdown noch lange andauernde Beschränkungen speziell für Chöre und Orchester haben tiefgreifende Spuren hinterlassen. Manche Ensembles, die zuvor bereits fragil waren, sind zusammengebrochen. Es gibt sie nicht mehr. Die wöchentlichen Treffen, die Regelmäßigkeit fehlt. Manche haben sich übergangsweise mit digitalen Formaten beholfen. Doch eine Chor- oder Orchesterprobe per Zoom ist nicht mit einem physischen Treffen vergleichbar. Gerade in den Vereinen geht es um mehr als das künstlerische Erlebnis. Es geht um die Gemeinschaft, um das gemeinsame Erleben, um das gemeinsame Musizieren und vor allem auch um viele Gespräche am Rande und die Anteilnahme am Leben des anderen.

Vereine neu beleben

Viele Kulturvereine arbeiten generationenübergreifend. Ältere und jüngere Menschen kommen zusammen, Menschen mit ganz unterschiedlichen beruflichen und sozialen Hintergründen. Bürgerschaftliches Engagement geht

über die eigene berufliche oder soziale „Blase“ hinaus. Es schafft Gemeinschaft und ist sinnstiftend. Viele Menschen verwirklichen sich in ihrem bürgerschaftlichen Engagement. Für den Zusammenhalt in der Gesellschaft ist es unverzichtbar und auch der Kulturbereich kann nur schwer ohne die bürgerschaftlich Engagierten auskommen.

Natürlich gibt es auch Vereine, denen es gelungen ist, in der Pandemie im Kontakt zu bleiben, die neue Formate und Begegnungsformen entwickelt haben. Viele stehen aber vor der Herausforderung, ihren Verein neu beleben zu müssen, neue Begegnungsräume und Vertrauen für ein sicheres Miteinander zu schaffen. Das Wiederaufleben der Kulturvereine ist eine der zentralen kulturpolitischen Aufgaben. Hier sind besonders die Länder, aber auch der Bund gefragt. Programme wie „Landmusik“ und andere stärken das bürgerschaftliche Engagement im ländlichen Raum, aber auch in den urbanen Zentren ist das Engagement der Bürger*innen wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine reine Übertragung des Engagements in den digitalen Raum halte ich dabei nicht für zukunftsweisend. Sicher: Digitale Treffen können das Zusammenkommen während des Lockdowns ermöglichen. Sie können das reale Zusammensein, die unmittelbare Begegnung aber nicht ersetzen.

Insofern wird sich auch der Deutsche Kulturrat in der nun anstehenden neuen Wahlperiode für eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich stark machen. Denn ohne Kulturvereine wäre das kulturelle Leben deutlich ärmer.

| **Olaf Zimmermann**
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Ein hörendes Herz

Auch zehn Jahre nach der Rede Papst Benedikts XVI. im Deutschen Bundestag hat ihr Inhalt nicht an Relevanz verloren

Es kommt nicht sehr häufig vor, dass in Reden des Bundestags philosophische Grundlagen erklärt oder die Bibel für politische Fragen zu Rate gezogen wird. Umso wertvoller war die eindrucksvolle Rede des emeritierten Papstes vor zehn Jahren, in der er es als Oberhaupt der Katholischen Kirche, aber ebenso als Staatsmann verstand, politisches Wirken mit Religion und Philosophie zu verbinden.

Der frühere Pontifex stellte die biblisch überlieferte Thronbesteigung König Salomons an den Beginn seiner Überlegungen über Grundfragen des freiheitlichen Rechtsstaates. Dieser Überlieferung nach gewährt Gott dem jungen König zu Beginn seiner Regentschaft eine Bitte. Jener bittet anstelle von Reichtum oder einem Sieg über die Feinde um „ein hörendes Herz, damit er dein [Gottes] Volk zu regieren und das Gute vom Bösen zu unterscheiden versteht“ (1 Kön 3,9). Benedikt XVI. gab damit gleich zu Beginn seiner Rede einen bemerkenswerten Hinweis an alle politisch tätigen Menschen: Sie tragen durch ihr Mandat die Verantwortung, sich den Menschen mit ihren Bedürfnissen, Sorgen und Nöten zuzuwenden und die staatlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass gutes Leben für alle möglich ist. Dafür müssen sie selbst kompetent, achtsam und reflektiert genug sein, das Gute vom Bösen zu unterscheiden.

In den Zeiten, die wir aktuell erleben, könnte diese Erinnerung an den politischen Grundauftrag angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung, der teilweisen Infragestellung staatlicher Institutionen, aber auch der dringlichen und akuten Zukunftsfragen von Schöpfungsverantwortung und Generationengerechtigkeit relevanter nicht sein. Benedikt richtete in seiner Rede den Fokus direkt auf den einzelnen Menschen und weg von politischem Kalkül in Bezug auf bloße Sicherheits-, Finanz- oder Machtinteressen. Politik und Recht müssen dem Menschen dienen. Das war vor zehn Jahren richtig und wichtig und ist es heute mehr denn je.

Politische Maßstäbe müssen Menschenwürde und Gerechtigkeit sein

Von der Frage ausgehend, woran man denn erkenne, was recht sei, erläuterte der emeritierte Papst die Genese einer Politik und Rechtsprechung ausgehend vom christlichen Menschenbild. Anders als andere Religionen habe das Christentum kein offenbartes und damit rein religiös begründetes Recht für die Staatsgestaltung vorgegeben, sondern sich auf Natur und Vernunft als Rechtsquellen bezogen. Eine Verknüpfung von philosophischen Erkenntnissen als sozialem Naturrecht und bestehenden Rechtsnormen sei bereits in vorchristlicher Zeit des römischen Reichs grundgelegt worden und haben den Weg für unser modernes Rechts- und Humanitätsverständnis, das die Menschenwürde zur Grundlage hat, geebnet. Diese Würde rührt ja von der Annahme her, dass jedes Individuum als Ebenbild Gottes geschaffen ist und ihm dadurch allein durch seine Existenz Wert und Würde zukommen. Aufgabe der Politik ist es, die Würde jeder/s Einzelnen zu wahren. Dies geschieht letztlich durch die Gewährleistung der Menschenrechte, die die Individualität des Menschen achten und Gerechtigkeit herrschen lassen sollen.

Natur und Vernunft werden nicht überall als Rechtsquellen wahrgenommen

Gesetzgebung und Recht auf Natur und Vernunft aufzubauen, ist aktuell in Staaten, die sich fundamentalistisch-religiösem Recht verpflichtet sehen, nicht realisiert. Aufgrund von staatsreligiösen Verstrickungen werden in weiten Teilen der Welt Menschenrechte und -würde nur unzureichend gewährleistet und in Berufung auf religiöse Vorschriften ausgehebelt. Zwar zeigt die faktische Genese der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dass die christliche Tradition keineswegs der einzig denkbare Begründungszusammenhang der Menschenwürde ist; allerdings hat Benedikt in seiner Rede nachgezeichnet, dass die Würde des Menschen und der sich hieraus ableitende Auftrag für Staat und Politik aus einem christlich geprägten, kulturellen Gedächtnis heraus eine bezeichnende Plausibilität besitzen.

Die Identität Europas gründet auf der Begegnung zwischen dem Gottesglauben Israels, der philosophischen Vernunft der Griechen und dem Rechtsdenken Roms. Auf dieser dreifachen Begegnung fußt das europäische Verständnis der Würde des Menschen und der damit einhergehenden Rechte, wie sie sich auch politisch verbindlich im Grundgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention kodifiziert finden. Wo diese essenziellen Rechte staatlicherseits nicht gesichert werden, sind Freiheit und damit Demokratie unmöglich.

Eine rein positivistische Weltansicht wird der Komplexität des Menschen nicht gerecht

Von Paulus und dem Römerbrief ausgehend, führte der emeritierte Papst das Gewissen als Analogie zum hörenden Herzen Salomons ein, beschrieb jedoch sogleich die „dramatische Veränderung“, die sich aufgrund des aufkommenen positivistischen Verständnisses von Natur und Vernunft entwickelt habe. In seiner positivistischen Weltansicht bleiben Zuschreibungen von Wissen und Erkenntnis nur solchen Gegebenheiten vorbehalten, die sinnlich wahrnehmbar und empirisch zu überprüfen sind. Der Zusammenhang zwischen Natur, Ethos und Recht wird dadurch negiert. Wer die Natur rein funktional betrachtet und eine Wechselwirkung von Sein und Sollen ablehnt, kann die über Jahrhunderte gelebte Verwiesenheit beider nicht mehr in Einklang bringen. Wer die Natur rein materialistisch betrachtet, sieht den Menschen ebenso und beschneidet ihn damit in seiner Komplexität. Gerade diese macht den Menschen jedoch zu dem, der er ist: Geschöpf und Ebenbild Gottes; stets ein Suchender nach dem guten und richtigen Leben. Es entspricht seiner Natur, dass er Zweck in sich selbst ist und ihm gerade nicht von außen – etwa durch politische Ideologien – aufgezungen werden kann, wer und wie er zu sein hat. Die Natur des Menschen zu achten heißt damit immer auch, seine Freiheit achten. Für Staat und Politik ergibt sich aus dem Zusammenhang von Natur, Ethos und Recht sodann der Auftrag, eben diese Freiheit zu schützen. So erklärt sich, dass Menschenrechtserklärungen, aber auch unser Grundgesetz, durchzogen sind von Rechten, die die Freiheiten der/der Einzelnen gewährleisten, und zwar auch und gerade gegenüber dem Staat. Neben der Versammlungs-

freiheit, der Meinungsfreiheit oder auch dem Schutz der Privatsphäre ist hier besonders an die global zunehmend gefährdete Religionsfreiheit zu denken.

Völlig zurecht hat der emeritierte Papst also darauf hingewiesen, dass ein positivistisches Konzept von Natur und Vernunft allein nicht dem Menschen in seiner Ganzheit gerecht werden kann. Dem positivistischen Denken muss immer das religiöse Fundament eingehaucht werden. Das ist auch für die politische Arbeit entscheidend: Es ist unverantwortlich, sich an einseitigen und materialistischen Konzepten abzuarbeiten und dort zu verharren. Vielmehr muss die Komplexität des Menschen und der Welt in den ethischen und damit in den politischen Diskurs mit einbezogen werden.

Das christliche Menschenbild als Kompass politischer Arbeit

In der Unionsfraktion hat die Rede noch ein Mal mehr die Bedeutung des christlichen Menschenbildes für unsere Arbeit bestärkt. Gerade angesichts der in den letzten Jahren immer wieder ins Gespräch gebrachten Behauptung, die Union müsse wieder „konservativer“ werden, ist es für uns entscheidend, sich auf das „C“, das christliche Menschenbild zu besinnen. Es ist mitnichten so, dass „konservativ“ und „christliches Menschenbild“ deckungsgleich wären. Es gibt, gemessen an den Grundsatzprogrammen der CDU, im Grunde gar keine dezidiert „konservative“ Tradition in der deutschen Christdemokratie, sondern vielmehr eine dezidierte Orientierung am christlichen Menschenbild. „Der Mensch, so wie er geht und steht, das ist der eigentliche Mensch“ – so hat Heiner Geißler das christliche Menschenbild einmal zusammengefasst. Den Menschen in seiner Größe und seiner Schwäche ernst zu nehmen und ihn als den zu achten, der er seiner Natur nach ist, ist der Kern des christlichen Menschenbildes. Die Rede des Papstes hat nicht zuletzt auch uns, die wir uns oft so selbstverständlich auf das „C“ in unserem politischen Handeln berufen, viel zu denken gegeben. Für seinen Besuch und seine Worte bin ich Benedikt XVI. noch heute dankbar.

| Volker Kauder MdB
Jurist, CDU-Politiker

Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft

Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann

Wer es mit nachhaltiger Entwicklung, Treibhausgasneutralität und den Globalen Nachhaltigkeitszielen ernst meint, kommt an einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft nicht vorbei. Die Wissenschaft zeigt, dass dies mit vertretbarem Aufwand realisierbar ist. Dazu müssen allerdings Verteilungskonflikte und andere Hindernisse, die den Wandel erschweren, offengelegt werden. Aber es gibt Stellschrauben, die aktiv angepasst werden können und müssen, damit die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation gelingen kann.

Dieser Überzeugung folgt die Studie „Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“ der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz (SWS).¹ Anhand von drei für die Transformation zentralen Handlungsfeldern – Energie-, Konsum- und Mobilitäts- sowie Agrarwende – identifiziert die SWS vier grundsätzliche Barrieren des Wandels. Erstens: schwache Institutionen und unzureichende Ordnungspolitik, die eine Verlagerung der wahren Kosten auf unbeteiligte Dritte (v.a. die weltweit Verwundbarsten und zukünftigen Generationen) zulassen. Zweitens: ungelöste Verteilungskonflikte und ungleiche Machtverhältnisse, die Status quo zu erhalten suchen und damit den Wandel erschweren. Drittens: mangelnder Mut zur politischen Gestaltung und Kommunikation und viertens: die Vernachlässigung der kulturellen Dimension des Wandels, u.a. der Frage, wie Menschen zukünftig unter Wahrung der planetaren Grenzen gut leben können und wollen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Studie vier zentrale Stellschrauben in ihren wechselseitigen Bezügen neu zu justieren. Notwendige Einzelschritte wie ein verursachergerechter CO₂-Preis und der angemessene soziale Ausgleich müssen als zusammengehörige Teile eines Gesamtprojekts verstanden werden. Technische und soziale

Innovationen, wirtschaftliche Effizienzsteigerungen sind dafür genauso wichtig wie eine Kultur der Suffizienz, der Solidarität und der internationalen Zusammenarbeit. Die vier Stellschrauben sind:

Der Ordnungsrahmen, der Innovationen und das Gemeinwohl befördert

Die SWS versteht die sozial-ökologische Transformation als wertbasiertes Modernisierungskonzept, das durch einen geeigneten Ordnungsrahmen technologische und soziale Innovationen im Dienst des Gemeinwohls befördert. Dazu braucht es Politikinstrumente und Rahmenbedingungen, die Markt und Wettbewerb in Richtung gemeinwohlförderlicher Innovationen lenken, angemessene Mitwirkung und Kontrolle für die Zivilgesellschaft ermöglichen und mehr internationale Kooperation und Solidarität fördern. Gleichzeitig sind mutige Investitionen in Bildung, Infrastruktur für alternative Formen der Mobilität oder verändertes Ernährungsverhalten zu fördern.

Zukunftsfähige Technologien und Anreizstrukturen zu etablieren, bedarf oft Anlaufzeit und guter Koordination, bis sie auch auf internationaler Ebene effektiv zusammenwirken. So ist es nach der Einführung des EU-Emissionszertifikationshandels für die Weiterentwicklung nun wichtig, bisher nicht erfasste Emissionen (Verkehr, Gebäude) ebenfalls der CO₂-Bepreisung zu unterziehen. Es braucht multilaterale Vereinbarungen über CO₂-Mindestpreise, ergänzt durch Investitionsförderung. Insbesondere ärmere Länder, in denen der größte Investitionsbedarf und das kostengünstigste Anwendungspotenzial für regenerative Energien bestehen, müssen durch Finanzierungshilfen und partnerschaftliche Zusammenarbeit befähigt werden, diese Technologien flächendeckend anzuwenden und selbst (weiter-)zu entwickeln.

Zumutungen und neue Handlungschancen fair verteilen

Die Reformen sind mit handfesten Verteilungskonflikten verbunden, auch wenn viele oft nicht richtig einschätzen können, ob diese für sie mit Nachteilen verbunden sind oder nicht. Um davon nicht gelähmt zu werden, sollten die betroffenen Interessensgruppen angemessen in Entscheidungsprozesse einbezogen und ihnen vermittelt

¹ Abrufbar unter https://www.dbk-shop.de/media/files_public/b502f3686109ad80c63401059098250d/sozial-oekologische-transformation_22.pdf

werden, dass etwaige Einschränkungen unter den richtigen Voraussetzungen und einem angemessenen sozialen Ausgleich nicht nur verkraftbar sind, sondern neue, fair zu verteilende Perspektiven eröffnen. Transformationspolitik erfordert deshalb auch eine offen kommunizierende Zumindehungspolitik, die sich darum bemüht, die mit ihr verbundenen Chancen und Lasten möglichst klar darzustellen und fair zu verteilen.

Wichtig sind dabei die so genannten „stranded assets“, d. h. Vermögenswerte (z. B. fossile Rohstoffe oder Produktionsanlagen), die durch die Dekarbonisierung deutlich an Wert verlieren oder künftig gar nicht mehr genutzt werden können. Wer seinen Wohlstand dem Besitz fossiler Ressourcen oder der Nutzung nicht mehr zeitgemäßer Technologien verdankt, kann Einschränkungen in seinem bisherigen Geschäftsmodell nicht einfach als „kalte Enteignung“ ablehnen, sondern steht in besonderer Verantwortung, sich konstruktiv an gemeinwohlförderlichen Innovationen und Reformen zu beteiligen. Die Politik ist dazu aufgerufen, den Wandel durch geeignete Instrumente zu unterstützen. Eine Möglichkeit wäre z. B. ein aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung staatlich finanzierter Transformationsfonds, der größere Investitionen von Unternehmen hin zu „grünen“ Produktionstechnologien mitfinanziert und so den Strukturwandel zu bewältigen hilft.

Akzeptanz durch politischen Mut, Transparenz und Teilhabe fördern

Mangelnde politische Gestaltung und Kommunikation im Umgang mit den genannten Verteilungskonflikten tragen dazu bei, dass Vertrauen in Transparenz und Teilhabe verloren gehen. Der politische Populismus profitiert von materiellen wie ideellen Verlustängsten. Er verstärkt sie deshalb gezielt, indem er die Verantwortung für komplexe Probleme und damit auch die Eigenverantwortung des Einzelnen an globale Feindbilder abschiebt und verlockend einfache, gern nationalistisch geprägte Antworten anbietet.

Die Antwort auf diesen Vertrauensverlust sieht die Studie in mehreren Schritten: zunächst diese Erschütterung anzuerkennen, sodann Informations-, Mitsprache- und Teilhabemöglichkeiten zu verbessern, aber auch populistische

Instrumentalisierungen zu entlarven. Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Lust auf Veränderung weckt und Erfolgserlebnisse vermittelt, ist nicht nur ein probates Mittel gegen Populismus, sondern stärkt auch die Fähigkeit und Bereitschaft künftiger Generationen von Politiker*innen, regelbasiert, multilateral und im engen partnerschaftlichen Austausch mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten.

Transformation als kulturelle Aufgabe ernst nehmen

Wer den Wandel voranbringen will, muss schließlich auch das „kulturelle Bedeutungsgewebe“ wertschätzen. Häufig verändern sich Lebens- und Konsumstile zunächst in „Nischen“, es gilt, sie sensibel wahrzunehmen und ihre weitere Verbreitung zu fördern. Dies ist z. B. wichtig, um die Akzeptanz verantwortlicher Zukunftstechnologien zu sichern, oder auch um Leitbilder so zu verändern, dass sie Nachhaltigkeit befördern, wie etwa ein verändertes Verständnis von Wohlstand als Lebensqualität, die mehr ist als materielles Einkommen oder Konsum, und entsprechend andere Indikatoren für Wohlstand.

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels hat die neue Bundesregierung den Auftrag, die sozial-ökologische Transformation unverzüglich, in der Breite und mit neuen Akteurs-Allianzen voranzubringen. Eine ehrliche Debatte über die Hindernisse, welche den Wandel erschweren, kann nicht nur dabei helfen, Widerstände zu überwinden, sondern auch Bürger*innen zu ermutigen, die damit verbundenen Chancen zu ergreifen.

| Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher

Präsident der Hochschule für Philosophie München, Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik

Ethisch-nachhaltig investieren

Finanzverantwortliche der Kirche trafen sich am 21. September 2021 zum „Forum ethisch-nachhaltiges Investment“

Kirchliches Vermögen sollte ethisch-nachhaltig investiert werden. Diese Forderung ergibt sich nicht allein aus der Lehre der Kirche. Auch in der kirchlichen Vermögensverwaltung bricht sich allmählich die Erkenntnis Bahn, dass ein möglicher geringerer wirtschaftlicher Gewinn kein Argument gegen nachhaltige Anlagestrategien darstellt.

Da sich der Markt für ethisch-nachhaltige Anlagemöglichkeiten sehr schnell weiterentwickelt, müssen sich die Finanzverantwortlichen kirchlicher Einrichtungen immer wieder mit diesen Veränderungen auseinandersetzen. So trafen sich am 21. September 2021 erneut Teilnehmer*innen des „Forums ethisch-nachhaltiges Investment“, um gemeinsam über „Nachhaltige Geldanlage – Entwicklungen, Perspektiven, Chancen“ zu diskutieren.

Die Veranstaltung, die zum dritten Mal vom ZdK, der Akademie Franz Hitze Haus Münster, dem Katholisch-Sozialen Institut Siegburg und dem Sozialinstitut Kommende Dortmund ausgerichtet wurde, stand dieses Mal unter einem besonderen Vorzeichen: der Auseinandersetzung mit der am 13. Juli 2021 durch das ZdK und der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichten Neuauflage der Broschüre „Ethisch-nachhaltig investieren – Eine Orientierungshilfe für Finanzverantwortliche katholischer Einrichtungen in Deutschland“.

Bernd Jünemann, Finanzdirektor des Erzbistums Berlin und Vorsitzender der VDD-Unterkommission „Ethisch-nachhaltiges Investment“, hob hervor, dass die nun zweite Auflage der bereits 2015 erstmalig erschienen Orientierungshilfe von der dynamischen Entwicklung dieses Themas in den letzten Jahren zeuge. Zum einen würden Investor*innen bei ihren Anlageentscheidungen nun stärker den Klimawandel mit seinen ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen berücksichtigen, zum anderen würden kirchliche Anleger neueren Instrumen-

ten nachhaltiger Anlagen größere Bedeutung zumessen. Dazu gehöre die Auseinandersetzung mit dem Shareholder Engagement, das beispielsweise im Anlageverhalten von Kirchen in den USA schon seit vielen Jahren eine zunehmende Bedeutung erlangt hat. In Deutschland wird es vom Arbeitskreis kirchlicher Investoren (AKI) im Auftrag der EKD bereits – so die anwesende Leiterin des AKI, Dr. Karin Brassler – erfolgreich angewandt.

Die Auswirkungen, die mit Investitionen erzielt werden können, waren auch Teil des Vortrags von Timo Busch, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Als Keynote-Speaker zeichnete er anhand von drei Schritten nach, was er „die drei Perspektiven nachhaltigen Investments“ nennt. Zunächst standen nachhaltige Anlageverfahren vor allem unter dem Stichwort „Responsibility“. Darunter versteht Busch den Versuch, durch die eignen Investitionen vor allem nicht mit „schmutzigen“ Branchen in Berührung zu kommen. In der Gegenwart gehört nachhaltiges Investment inzwischen schon zum „Mainstream“ des Anlageverhaltens. Nun werde – drittens – die Frage immer wichtiger: Was kann ich als Investor*in tun, damit meine Investition etwas verändert?

Damit schließt sich der Kreis zu den sozialetischen Äußerungen von Papst Franziskus. Diese These vertrat auch Msgr. Prof. Peter Schallenberg, Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach in seinem Vortrag über das neue Papier Mensuram bonam, das im Herbst zum Thema Impact Investment erscheinen soll. So heißt es schon im Apostolischen Schreiben Evangelii gaudium: Das Geld muss dienen, nicht regieren (EG 58). Das Ziel kirchlich nachhaltiger Investition könne demnach nicht einzig die Kapitalisierung sein, sondern es müsse mithilfe des Impact Investments die Zielrichtung des globalen Gemeinwohls verfolgt werden.

In den darauf folgenden Workshops diskutierten die ca. 70 Teilnehmenden unter anderem über die Frage, inwieweit Investitionen kirchlicher oder kirchennaher Anleger*innen einen Impact haben können. „Impact Investing“ sei geradezu als ein „Überbegriff von Nachhaltigkeit neu zu verstehen“, so Dr. Klaus Gabriel, Vorstandsvorsitzender von CRIC e.V., und Thomas Homm, Abteilungsleiter Vermögensmanagement der Bank im Bistum

Essen. Die Sorge um die eigene Reputation, die möglicherweise bei einigen Investoren herrsche, könne heutzutage kein überzeugendes Argument gegen transparente Anlageentscheidungen sein, gab Philipp Rühle, Executive Director, Institutional Sales, Responsible-Investmentbereich der Institutional Shareholder Services Inc., zu bedenken. Gerade durch Transparenz setze man Zeichen.

Ein ähnliches Thema sprach auch Wolfgang Klose, Vizepräsident des ZdK, im Abschlusspanel an. Im Gespräch mit Bernhard Emunds, Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie, Leiter des Oswald-von-Nell-Breuning-Instituts in Frankfurt am Main, und Silke Stremmlau, Mitglied im Sustainable Finance Beirat der Bundesregierung, stellte er die Frage, ob es für die Kirche nicht schwierig sei, in einem Bereich, der so stark mit dem Thema „Macht“ verknüpft sei wie der der Finanzen, öffentlich aufzutreten. Bernhard Emunds machte deutlich, dass es im Bereich des nachhaltigen Investments innerhalb der katholischen Kirche durchaus noch Nachholbedarf gebe. Verbindlichere Standards in Verbindung mit einer schärferen Einhaltung von Transparenzstandards seien unumgänglich. Silke Stremmlau sagte, gegenwärtig seien die kirchennahen Investoren keineswegs mehr die großen Vorreiter im Bereich ethisch-nachhaltigen Investments. Gerade im Bereich der Finanzen könne die Kirche an Glaubwürdigkeit gewinnen, indem sie Geld als ein Medium zum Aufbau von Vertrauen betrachte. Alle drei Diskutant*innen der Abschlussrunde waren sich darin einig, dass die Kirche durchaus mehr aus dem machen könne, was sie an großem Potential als ethisch-nachhaltige Anlegerin bereits mitbringt: die große Anzahl von Anleger*innen, das große Anlagevermögen, das Wissen, das durch die Hilfswerke in anderen Ländern über die konkrete Lage vor Ort erworben werde. Sie verfüge im Bereich des ethisch-nachhaltigen Investments, so Klose abschließend, über eine gute Nachricht, die sie durchaus noch weiter verbreiten könnte.

Spannend bleibt, ob und wie die Beratungen des Synodalen Wegs neue Anstöße zum Thema „kirchliches Vermögen“ bringen werden. Möglicherweise könnte das ein Thema auf dem vierten „Forum ethisch-nachhaltiges Investment“ sein, das am 20. September 2022 im Franz-Hitze-Haus in Münster stattfinden wird.

Orientierungshilfe für Finanzverantwortliche

Die zweite Auflage der Broschüre „Ethisch-nachhaltig investieren. Eine Orientierungshilfe für Finanzverantwortliche katholischer Einrichtungen in Deutschland.“ erschien am 13. Juli 2021. Die erste wurde 2015 ebenfalls gemeinsam von ZdK und Deutscher Bischofskonferenz herausgegeben.

Ziel der Orientierungshilfe ist es, Verantwortungsträger*innen kirchlicher Einrichtungen dabei zu unterstützen, nach Wegen für ein ethisch-nachhaltiges Investieren zu suchen. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Kirche in Deutschland auf vielfältige Weise Verantwortung trägt. Die theologische Grundlage der Orientierungshilfe ist die Katholische Soziallehre, der zur Folge bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen der Mensch im Mittelpunkt stehen muss. Eine Entscheidung über kirchliche Investitionen soll daher immer dahingehend hinterfragbar sein, ob sie einer nachhaltigen und ganzheitlichen Entwicklung des Menschen dient. Für diesen Hintergrund will die Orientierungshilfe sensibilisieren.

Konkretisierung – und damit noch bessere Anpassung an die unterschiedlichen Situationen der kirchlichen Anleger*innen – prägte insgesamt die Entwicklung zwischen der ersten und zweiten Auflage: Statt einer verpflichtenden Vorgabe, die vermutlich vage bleiben müsste, soll die Orientierungshilfe praxisnah sein. Auf aktuelle Themen geht sie ein, stellt neue Instrumente und deren Bedeutung in der ethisch-nachhaltigen Anlagepraxis dar und setzt sich auch mit neuen politischen und regulatorischen Rahmenfaktoren auseinander, wie zum Beispiel den Sustainable Development Goals der Agenda 2030. Damit ist die neue Orientierungshilfe noch umsetzungsorientierter geworden.

Die Orientierungshilfe ist als pdf-Datei unter www.zdk.de und www.dbk.de verfügbar und kann auch als Broschüre bei der Deutschen Bischofskonferenz bestellt werden.

| Prisca Patenge

Theologin, seit 01. September 2021 Referentin des ZdK-Sachbereichs 03 „Wirtschaft und Soziales“



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Statt Sicherheitspolitik – Friedenspolitik

Nach der Wahl: Sicherheit neu denken

Es ist gewählt. Deutschland wird nach Angela Merkel einen neuen Kanzler bekommen. Es ist viel vom Ende einer Ära die Rede. Zukunftsgewandt betrachtet, besteht die Chance zum Neuanfang. Genau jetzt ist es an der Zeit, auch die Sicherheitspolitik neu zu gestalten und sie als Friedenspolitik zu denken.

Gegenüber dem Plädoyer von Dr. Ansgar Rieks für die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr (Salzkörner 2/2021) vertrete ich einen anderen, konträren Standpunkt. Die Bundeswehr braucht keine bewaffneten Drohnen! Die Möglichkeiten, die diese Technik bietet, lösen die Herausforderungen nicht, vor denen wir stehen. Die ethischen Implikationen dieses Waffensystems, das höchstwahrscheinlich nur einen Zwischenschritt auf dem Weg zur Automatisierung bedeutet, sind immens. Dr. Bernhard Koch hat sie zuletzt im Publik-Forum (18/2021) auf den Punkt gebracht. Seiner Schlussfolgerung schließe ich mich gerne an. Der Verzicht auf bewaffnete Drohnen kann ein starkes Signal aussenden – gegen die technische Dominanz über den Gegner und für Friedensbereitschaft. Ein Signal für einen Frieden, den man auch unter eigenen Risiken einzugehen bereit ist.

Wer Frieden anstrebt, braucht einen Blick, der über das Streben nach technologischer Überlegenheit hinausgeht: auf die Menschen, auf die politisch-strategischen sowie auf die psychologischen und zwischenmenschlichen Aspekte von Konflikten.

Friedenspolitik lässt sich nicht mit einem Zwei-Prozent-Ziel und hochtechnisiertem Militär betreiben. Friedenspolitik braucht eine Strategie, die Abschreckung überwindet und Vertrauen aufbaut. So kommen die für mich wesentlichen Fragen ins Spiel: Wie wollen wir künftig in dieser globalisierten Welt, die wirtschaftlich so miteinander verwoben ist, Konflikte bearbeiten? Welchen Beitrag will Deutschland dazu leisten? Welche Szenarien haben wir für den künftigen Einsatz der Bundeswehr? Was lernen wir aus dem gescheiterten Afghanistan-Einsatz? Wie gelingt es, den Vorrang für zivile Konfliktbearbeitung umzusetzen?

Deutschland sollte auch künftig solidarisch, aber ebenso kritisch auf dem Boden der Bündnispolitik stehen. Die deutsche Rolle in der Nato könnte aber ein eigenständigeres Profil gebrauchen. Dies könnte einerseits durch den Verzicht auf bewaffnete Drohnen und durch ernsthaftes Bemühen, die völkerrechtliche Ächtung automatisierter Waffen voranzubringen, entstehen. Andererseits könnte sich Deutschland in Fragen der Bedeutung von Atomwaffen für die Nato-Strategie und der damit verbundenen Frage nach nuklearer Teilhabe eine eigene Haltung erarbeiten. Deutschlands Interessen gehen nicht eins zu eins in den amerikanischen, britischen, französischen, türkischen oder polnischen Interessen auf. Deshalb ist es erforderlich, im Bündnis eigenständig Position zu beziehen. Sonst macht die Teilhabe an den Nato-Gremien keinen Sinn.

Es stehen wichtige Zukunftsfragen an: Die Stärkung Europas denke ich weniger im Sinne exorbitanter Rüstungsprojekte und der Idee, Europa durch militärische Stärke mehr internationales Gewicht zu verleihen. Ich frage mich mehr: Wie kommen wir zu einem gesamt-europäischen Friedenskonzept, das die Konflikte mit Russland bearbeiten kann? Wie lässt sich sinnvolle China-Politik gestalten? Was braucht Europa, um eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik zu entwickeln, die das Sterben an den EU-Außengrenzen und die unwürdigen Hotspots stoppt? Welche Impulse kann dafür die Aufforderung von Papst Franziskus geben, Gewaltfreiheit als Stil der Friedenspolitik zu fördern?

Die neue Bundesregierung sollte die Chance nicht verpassen, solche Zukunftsfragen politisch anzugehen und Sicherheit neu zu denken.

| Gerold König

pax christi-Bundesvorsitzender

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Marc Frings Generalsekretär

Redaktion
Britta Baas Pressesprecherin

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner